



Bekämpft die Migrationspolitik die Überfremdung oder kann sie Migranten zu Mitbürgern und Mitbürgerinnen machen?

Tim Guldemann

April 2024

Zusammenfassung

Mit der Schweizer Staatssekretärin Christine Schraner-Burgener und dem Schweizer Filmemacher Samir Jamaladdin diskutiert Tim Guldemann, ob die Migrationspolitik in der Schweiz die Überfremdung bekämpft oder diese Migranten zu Mitbürgern und Mitbürgerinnen machen kann.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

„Wir riefen Arbeitskräfte, und *es kamen Menschen*“ (Max Frisch)
... und als die Schweiz in der Krise der 70er Jahre diese Arbeitskräfte nicht mehr brauchte, schickte sie über 300'000 von ihnen wieder zurück.

Samir Jamaladdin, der 24 Jahre auf seine Einbürgerung hat warten müssen, „wurde durch die Umstände radikalisiert: Ich hasste dieses Land so sehr, dass ich am Schluss gar keine Lust mehr hatte, Schweizer zu werden.“ Später wurde er aber durch einen „Verwaltungsakt glücklicherweise Schweizer, und heute bin ich tatsächlich glücklicher Schweizer“. – Die für die schweizerische Migrationspolitik zuständige Staatssekretärin Christine Schraner-Burgener, die ihre Kindheit in Tokio verbrachte, hat „als Ausländerin in einem fremden Land selbst die Erfahrung gemacht, wie man sich fühlt (...), und ich bin dann mit zehn Jahren in die Schweiz gekommen und habe mich fremd gefühlt“.

Entscheidet die Migrationspolitik über die Zukunft des Rechtsstaates, wenn Rechtspopulisten die Zuwanderung zu ihrem zentralen Anliegen machen? – Gemäß Samir Jamaladdin gehe der Rechtsstaat schon längst „in eine Richtung (...), das grundlegende Menschenrecht zu beschädigen.“ Das sei „eine langfristige Geschichte, die schon seit 70 Jahren andauert. (...) Der Begriff Arbeiter existiert nicht mehr, es gibt Leute, die arbeiten, die heißen dann entweder Expats oder sie sind Ausländer. Und Ausländer meint Leute, die die Dreckarbeit machen. (...) Die Ausgrenzung läuft auch auf der juristischen Ebene. Die Leute, die wir eingebürgert haben, können wir auch wieder ausbürgern. Das widerspricht grundsätzlich der Idee, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. (...) Seit den 60er Jahren bis jetzt“ gehe das „eher in eine Richtung der Verschärfung. (...) In der Realität sind die Gesetze, die wir jetzt haben, schärfer als damals, als ich eingebürgert worden bin. (...) Diese Idee, eine Arbeitskraft ist eine Arbeitskraft und eben kein Mensch, die ist eigentlich schon tief, tief drinnen in der DNA der Administration, der Gesetzgebung.“

Christine Schraner sieht hingegen im politischen Umgang mit der Zuwanderung und insbesondere mit der Flüchtlingsfrage „eine enorme Verbesserung. (...) Mit der Integration haben wir enorme Fortschritte gemacht. Seit 2014 haben wir Integrationsprogramme.“ Sie weist darauf hin, dass die schweizerische Flüchtlingspolitik besser funktioniere als in Deutschland, weil die Asylentscheide „viel rascher“ erfolgen. „Da haben wir mit acht Ländern eine Migrationspartnerschaft (...) und 65 Rückübernahmeabkommen, das heißt, es funktioniert wirklich sehr gut. (...) Wir haben eine sehr hohe Schutzquote von etwa 60 %. Das heißt es kommen eher die, die wirklich Schutz bekommen.“ Bezüglich der abgelehnten AsylantragstellerInnen „konnten wir vorletztes Jahr 57 % zurückführen“, das sei „ungefähr dreimal mehr als der europäische Durchschnitt. (...) Ohne Ukrainekrieg hätten wir auch die Migrationsbewegungen besser meistern können. (Mit der) Kombination von 75'000 UkrainerInnen, die in einem Jahr kamen, plus noch 25'000 Asylgesuchstellende, musste ich Platz finden für 100'000 Personen. Im Jahr zuvor hatten wir 14'000 Asylgesuche.“

Samir Jamaladdin widerspricht mit den Erfahrungen aus seinem Bekanntenkreis: „In der Realität sieht das für mich ganz anders aus. In der Realität kenne ich Leute aus Afghanistan, die auch nach Jahrzehnten immer noch nicht wissen, hin und zurück?“, ohne offiziell arbeiten zu dürfen. Er führt das Gespräch zurück auf die zentrale Frage des gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Seit Jahrzehnten sei „der Begriff 'Überfremdung' immer wiederholt und immer wieder verwendet“ worden. „Kanada, die USA, Neuseeland und Australien hätten sich schon immer „als Einwanderungsgesellschaften“ gesehen, das sei „der entscheidende Unterschied zwischen uns



und diesen Staaten (..) Die offizielle Schweiz muss die Terminologie ändern. Erst wenn wir es geschafft haben, dass wir sagen, ja wir sind eine Migrationsgesellschaft und das ist gut so. So wie das Wowerreit“, der homosexuelle Bürgermeister von Berlin bei seinem Coming-out “gesagt hat: Und das ist gut so“. Dem stimmt Christine Schraner zu: “Ja, das ist gut so”.

Anmerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Gesprächspartner wieder und erschien erstmalig im Newsletter *DEBATTE ZU DRITT*. Der Podcast ist zu hören über **Spotify**: [Bekämpft die Migrationspolitik die Überfremdung oder kann sie Migranten zu Mitbürgern und Mitbürgerinnen machen? – mit Christine Schraner-Burgener und Samir Jamaladdin - Tim Guldemann - Debatte zu Dritt | Podcast on Spotify](#) oder **Apple Podcasts**: [Tim Guldemann - Debatte zu Dritt: Bekämpft die Migrationspolitik die Überfremdung oder kann sie Migranten zu Mitbürgern und Mitbürgerinnen machen? – mit Christine Schraner-Burgener und Samir Jamaladdin on Apple Podcasts](#) oder über die Website www.timguldemann.ch abrufbar.

Über den Autor dieses Beitrags

Tim Guldemann, geb. 1950 in Zürich, Studien und Forschungsaufenthalte in Zürich, Lateinamerika, Stockholm und am Max-Planck-Institut in Starnberg, 1979 Promotion, 1979-82 Forschungstätigkeit in der und über die Sowjetunion. 1982 Eintritt in den diplomatischen Dienst. 1996 Honorarprofessur an der Uni Bern, 1996-1999 Leiter OSZE-Missionen in Tschetschenien und Kroatien, 1999-2004 Botschafter in Teheran, 2004-2008 Lehrtätigkeit an der Uni Frankfurt, 2007/08 Stellvertretender Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs im Kosovo, 2010-15 Botschafter in Berlin, 2015-18 schweizerischer Parlamentsabgeordneter. Seit 2018 Präsident des Museumsrates des Schweizerischen Nationalmuseums.

Tim Guldemann ist verheiratet mit Christiane Hoffmann, zwei Töchter, lebt in Berlin. Bücher über Lateinamerika, Wohlfahrtsstaat, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Sowjetunion und „Aufbruch Schweiz“.



Tim Guldemann